

(Vizepräsident Dr. Riemer)

(A) Ich rufe auf den

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

In die Beratung werden all die in der Zusammenstellung aufgeführten Änderungsanträge einbezogen. Ebenfalls werden ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/3892, ein Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3893 und ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/3897 in die Beratung einbezogen. Ich verweise im übrigen auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, die Ihnen mit Drucksache 10/3807 vorliegt, und eröffne die Beratung.

Ich erteile das Wort der Frau Abg. Hieronymi von der Fraktion der CDU.

Frau Hieronymi (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Ihrer und meiner Entlastung werde ich es jetzt kurz machen.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Riemer: Einen Augenblick, Frau Kollegin. Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren. Diejenigen, die an dieser Beratung nicht teilnehmen und sich unterhalten wollen, bitte ich, nach draußen zu gehen.

(B) Frau Hieronymi (CDU): Ich werde mich auf einen einzigen Punkt im Bereich des Haushalts für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschränken. Ich tue dies aus zwei Gründen. Erstens habe ich nach der Debatte des heutigen Tages den Eindruck, daß einige Damen und Herren insbesondere von der SPD-Fraktion noch nicht festgestellt haben, daß der ihnen vorliegende Antrag der CDU in Höhe von 100 Millionen DM mit einer ganz soliden Deckung in diesem Haushalt versehen ist. Ich hoffe da immer noch auf Ihre Zustimmung.

(Zuruf von der SPD: Unseriös!)

Zum zweiten sind wir von der CDU-Fraktion zutiefst darüber erschrocken, in welcher Weise Minister Heinemann als zuständiger Fachminister in der Debatte des heutigen Tages die drängenden Probleme der Menschen, die sich selbst nicht mehr helfen können, nämlich der pflegebedürftigen alten Menschen im Lande, an den Rand der Diskussion gewischt hat. Dies können wir hier nicht so stehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

(C) Wir alle wissen, daß der Anteil der älteren Menschen ständig zunimmt, und zwar bis zum Ende dieses Jahrtausends, das heißt in dreizehn Jahren, Zug um Zug um zehn Prozent. Mit Beginn des dritten Jahrtausends werden es rund 30 % mehr ältere Menschen als heute sein, von denen sich viele, die meisten, nicht mehr selbst helfen können, da sie schwer pflegebedürftig sind. Ich denke, daß wir diese Entwicklung quer durch alle Fraktionen gemeinsam sehen.

Nur geht die Entwicklung weiter, und es reicht nicht aus, wenn in wohlklingenden Worten und Erklärungen Hilfen für die Schwerpflegebedürftigen gefordert werden, aber keine entsprechenden Taten erfolgen.

(Sehr wahr! und Beifall bei der CDU)

Deshalb werben wir von der CDU-Fraktion erneut um Gemeinsamkeit auch im Handeln.

Herr Minister Heinemann, wir haben in diesem Lande keine einzige Stadt, in der die Sozialstationen die notwendigen Hilfen an ambulanter Pflege leisten können. Sie alle haben lange Wartelisten; die Mitarbeiter sind überfordert. Herr Minister Heinemann, wir haben in keiner Stadt in unserem Lande Überhänge im Bereich der Alten- und Pflegeheime. Im Gegenteil, wir haben eine lange Warteliste, eine Fülle von dringend notwendigen Anträgen, für die wir keine Landesmittel zur Verfügung stellen. 38 Millionen DM im Bewilligungsrahmen stehen Anträge in Höhe von 116 Millionen DM gegenüber, obwohl heute schon die Menschen diese Pflegebetten dringend brauchen und bei zunehmendem Anteil älterer Menschen in noch viel stärkerem Maße brauchen werden.

(Arentz (CDU): So ist es!)

Dritter Punkt, Herr Minister Heinemann: Auch Sie fordern teilstationäre Einrichtungen. Es gibt sie bei uns im Lande nicht. Wo finden Sie auch nur ein hinreichendes Angebot an Kurzzeitpflege? Wenn die Familien, die die alten Eltern pflegen, einmal im Jahr für zwei Wochen in Urlaub fahren möchten - den sie dringend brauchen -, wissen sie nicht, wohin mit den alten, pflegebedürftigen Menschen, weil die Kurzzeitbetten fehlen.

(D) Wenn Sie dann sagen, daß der Antrag der CDU, für diesen dringenden Bedarf der Hilfe für ältere Menschen 100 Millionen DM einzusetzen, sich selber richten würde, verstehen wir nicht mehr, wie Sie glauben, dieses hartherzige Abweisen der dringendsten

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) Befürfnisse älterer Menschen verantworten zu können.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies insbesondere, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in einer Situation, in der Sie die einmalige Chance haben, durch Mittel, die im Landeshaushalt zur Verfügung stehen und nicht gebraucht werden, diesen alten Menschen zu helfen! 100 Millionen DM, Herr Minister Schleußer, stehen in diesem Haushalt

(Henning (SPD): Irgendwo in der Gegend herum!)

für die theoretische Ausbildung, die bisher über die Pflegesätze an Krankenhäusern abgerechnet wurde,

(Minister Schleußer: Die stehen schon lange nicht mehr da!)

die nach den Veränderungen in Bonn für diesen Zweck nicht mehr gebraucht werden.

(Minister Heinemann: Die sind schon längst abgerechnet. Sie begreift es nicht!)

Herr Finanzminister, Herr Sozialminister, ich zitiere Ihren Staatssekretär, Dr. Bodenbender, vom 21. September 1988, der sagte, als es um diese 100 Millionen DM im Haushalt ging:

(B)

Mir wäre es - ich darf das hier so offen sagen - lieber, wir könnten diese Mittel, statt die Kosten für die Ausbildung zu finanzieren, einsetzen, um die Attraktivität der pflegerischen Berufe und die Qualität der Ausbildung insgesamt zu erhöhen.

(Arentz (CDU): Hört, hört! - Minister Heinemann: Herr Arentz!)

Meine Damen und Herren, genau die Situation ist eingetreten: Diese 100 Millionen DM sind frei geworden. Herr Finanzminister, ich habe für Ihre Probleme großes Verständnis; aber die Anliegen der Menschen, die sich selbst nicht helfen können, liegen mir mehr am Herzen. Deshalb wollen wir die 100 Millionen DM für die älteren Menschen.

(Zustimmung des Abg. Arentz (CDU))

Stellen Sie sich vor, die SPD würde sich durchringen, so zu beschließen. Was könnte im Jahre 1989 geschehen, wenn Sie dem Antrag der CDU folgten? 9 Millionen DM, um den Personalschlüssel bei den Sozialstationen

zu senken, wie in anderen Bundesländern auch, auf 3 500 statt heute - völlig überlastet - 5 000; 26 Millionen, um die Fachseminare für die Altenpflege zu erweitern, damit wir mehr Menschen haben, die bereit und in der Lage sind, alten Menschen zu helfen; 20 Millionen, um denjenigen, die zu Hause rund um die Uhr, und das an 365 Tagen im Jahr, Familienangehörige pflegen, wenigstens den Rentenbeitrag zu erstatten - sind Sie dagegen, Herr Minister Heinemann? -;

(C)

(Arentz (CDU): Offensichtlich!)

20 Millionen, um endlich die Warteschlange, den Stau der dringend benötigten Altenpflegeheimplätze zu reduzieren; 12 Millionen, um dringend benötigte Pflegebetten durch die Umwandlung von nicht mehr notwendigen Krankenhausbetten zu erreichen - Herr Minister Heinemann, sind Sie dagegen? -;

(Minister Heinemann: Nur die Adresse muß richtig sein! - Arentz (CDU): Er ist gegen alles! - Minister Heinemann: Nach Ihnen!)

und schließlich 7 Millionen, um die Ehrenamtlichkeit der Menschen, die bereit sind, alte Menschen zu pflegen, zu erhöhen und zu stärken. Herr Heinemann, ich denke, das ist ein sehr ernstes Thema, wenn Sie an die Menschen denken, um die es geht.

(Minister Heinemann: Ja.)

(D)

Ich wäre froh, wenn Sie den Menschen draußen sagen könnten: Es ändert sich etwas für diejenigen, die nicht mehr auf die Straße gehen können, für diejenigen, die nur noch zu Hause im Bett liegend auf das Verständnis und die Unterstützung derjenigen, die die Politik hier verantworten, angewiesen sind. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, stellen Sie sich vor, welche Hilfe möglich wäre, wenn Sie diese 100 Millionen DM denen gäben, die sie dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Frau Abg. Thomann-Stahl das Wort.

Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Herr Minister Heinemann, Sie müssen endlich einmal einsehen, daß Sie sich durch Ihre Schuldenpolitik in den letzten Jahren selbst die Möglichkeit genommen haben, durch finanzielle Förderungen aktive Gesellschafts- und

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Sozialpolitik zu betreiben. Dieser Haushalt ist unausgewogen und unsozial. Er nimmt auf die Leistungsfähigkeit des Landes und auf tatsächliche Mangelsituationen keine Rücksicht. Sie definieren Mangelsituationen politisch und versuchen, den Haushalt daran auszurichten. Damit müssen Sie notwendigerweise scheitern.

Sie bluten damit den Landeshaushalt aus, ohne in Wirklichkeit mehr als Tropfen auf heiße Steine zu vergießen, und schaffen nur zusätzliche neue Ungerechtigkeiten. Sie haben offensichtlich keinerlei Vertrauen in Ihre Partner, ob das die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Krankenhausträger, Kommunen oder wer auch immer sind.

Ihr Mißtrauen drückt sich in dem Bedürfnis aus, nicht nur alle zu kontrollieren, sondern auch jedem jede Mark einzeln zuzuteilen. Natürlich muß sichergestellt werden, daß Steuergelder zweckentsprechend verwendet werden. Das kann aber nicht bedeuten, die Empfänger zu knebeln und ihnen jegliche freie Entscheidung zu nehmen.

(Aigner (SPD): Na, na, na!)

Ich will nur ein paar Punkte nennen, die deutlich machen, warum wir die Grundansätze des Haushalts für falsch halten. Wir wenden uns aus zwei Gründen gegen die einseitige Bezuschussung der Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Oberhausen:

- (B) Erstens halten wir es für grundsätzlich falsch, gleichgültig welchen Organisationen Steuergelder für Zwecke zu geben, die in ihrer Existenz begründet sind. Und einer der Daseinszwecke des Deutschen Gewerkschaftsbundes - wenn auch zugegebenermaßen nicht der hauptsächlichste - ist sicherlich die Beratung seiner Mitglieder und Betriebsräte, wenn sich diese in ihren Unternehmen mit der Einführung neuer Technologien auseinandersetzen müssen.

Zweitens: Wenn man unserer Begründung nicht folgt, dann halten wir es für noch verkehrter, mit Steuergeldern nur eine einseitig ausgerichtete Gewerkschaftsorganisation zu unterstützen. Ich habe deshalb beantragt, auch dem Deutschen Beamtenbund, der ebenfalls eine Technologieberatungsstelle einrichten will, eine Million DM zur Verfügung zu stellen. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes könnten ja die DGB-Beratungsstelle in Anspruch nehmen.

Daß zwischen beiden Organisationen teilweise Welten liegen, was die gewerkschaftliche und

politische Ausrichtung angeht, wollen Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Sie sind ja offenbar nicht bereit zuzugestehen, daß es auch außerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes Menschen mit sozialem Verantwortungsbewußtsein gibt, die noch andere politische und weltanschauliche Grundwerte haben.

(Henning (SPD): So engstirnig wie Sie sind wir nicht!)

Das ist ja so, als wenn Sie der katholischen Kirche die Kirchensteuer vorenthalten würden und sie der evangelischen Kirche gäben mit der Begründung, Katholiken könnten ja auch in den evangelischen Gottesdienst gehen. Da liegen auch Welten dazwischen, das machen Sie auch nicht.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Die Gelder für die Technologieberatung haben ja keine Größenordnung, die den Landeshaushalt ins Schlingern bringen könnte. Aber ihre Bewilligung ist doch symptomatisch für Ihre Politik der einseitigen Bevorzugung Ihnen nahestehender Gruppen. Sie sollten diese Mittel - wie auch die für zahlreiche andere weniger nötige, um nicht zu sagen: überflüssige Programme; ich will nur stellvertretend das Institut Arbeit und Technik nennen - lieber nehmen und ein vernünftiges Krankenhausnotprogramm auflegen, damit Sie endlich einmal ein Konzept zur Sanierung der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser realisieren können.

Sie vergeuden hier Steuergelder für Schnickschnack, für Zierat, sozusagen für die Gartenzwerge im Vorgarten, obwohl hinter Ihnen das Haus in seinen Grundwerten wankt. Ihnen fehlt ja nun wirklich der Blick fürs Wesentliche.

Meine Kollege Schultz-Tornau hat heute morgen sehr anschaulich die Situation in einigen Unikliniken dieses Landes geschildert. Ich will das hier nicht wiederholen. Aber solche Probleme gibt es natürlich auch in Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen.

Es wäre Ihre Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen, Herr Minister Heinemann, und nicht über mit Steuergeldern finanzierte alternative Beschäftigungsprojekte ordentlich und anständig arbeitende Handwerker und Selbstständige auszuhungern.

Ihr fehlender Blick für das Wesentliche zeigt sich auch in einer weiteren Haushaltsstelle:

(C)

(D)

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Da werden bei der Kriegsopferversorgung zwölf Stellen mehr geschaffen, davon zehn für Ärzte. Insgesamt gehen aber die Ausgaben der Kriegsopferversorgung zurück. Das heißt, es ist schon vom Grundsatz her fraglich, ob überhaupt noch Personal eingestellt werden muß. Eigentlich müßte es wohl eher abgebaut werden.

Ihre Erklärung, Herr Minister Heinemann, daß die Dienststellen selbst Gutachten erstellen und sie nicht an Externe weitergeben sollen, befriedigt nicht. Auch wenn es vorübergehend womöglich billiger wäre oder sein könnte, so nimmt doch die Zahl der Gutachten ständig und auch mit steigender Rate ab, und am Ende bleibt das auf Lebenszeit eingestellte Personal, während die Aufgabe weg ist.

Ihre weitere Erklärung ist ja noch fragwürdiger. Sie haben gesagt, es gebe so viele arbeitslose Ärzte. Ja, Herr Minister Heinemann, sind denn Ärzte Arbeitslose erster Klasse? Bei Personaleinstellungen generell und erst recht in dieser haushaltspolitischen Situation darf es wirklich nur auf den Bedarf ankommen.

Im übrigen kann die Vergabe der Gutachten an externe Ärzte doch ebenfalls für Beschäftigung sorgen. Gleichzeitig, Herr Minister Heinemann, lassen Sie aber nun nicht ab in Ihrem Bemühen, älteren Kassenärzten den finanziellen Boden unter den Füßen wegzuziehen.

- (B) Wir werden uns auch in Zukunft gegen alle Versuche wehren, den über 65jährigen Ärzten die Kassenzulassung zu entziehen. Wir halten das für unverantwortlich und für verfassungswidrig. Was diesem Haushalt nützt, sind andere Prioritäten.

(Minister Heinemann: Lassen wir sie reden, die Dame!)

Wir sollten einmal unvoreingenommen alle Positionen in Frage stellen und einer grundsätzlichen Aufgabenkritik unterziehen.

(Schmidt (SPD): Nicht alle!)

- Doch, alle, Herr Kollege Schmidt. Dabei sollten wir durchaus auch Pflichtaufgaben und ausgabenwirksame oder ablaufbeeinflussende gesetzliche Vorschriften einbeziehen. Wir sollten alles daran setzen, die bestehenden Versorgungs- und Hilfsnetze auf örtlicher Ebene zu stärken, bevor neue Strukturen geschaffen werden.

Das Land kann nach meiner Auffassung bei der Einrichtung von beispielsweise Sozial-

stationen nur Hilfestellung und Anreize geben, damit eine bestimmte Struktur entsteht. Die Stationen selbst müssen aber langfristig kostendeckend arbeiten und dürfen nicht zu Dauersubventionsempfängern werden. Hier müssen also entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. (C)

(Minister Heinemann: Da bin ich Ihrer Meinung!)

- Vielen Dank, Herr Minister, wenn Sie sagen, Sie wären auch meiner Meinung. Auch der Staatssekretär hat das ja im Ausschuß erklärt. Die entstehenden Spielräume sollen ja wohl auch für den Aufbau psychiatrischer und gerontopsychiatrischer Dienste genutzt werden.

(Henning (SPD): Da bin ich völlig anderer Meinung!)

Auch in diesem Bereich wie im Bereich der offenen Jugendarbeit, zu der der Kollege Reichel nachher noch ausführlich Stellung nehmen wird, sollten Sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern sich daran machen, auch entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das Land darf sich nur dort finanziell beteiligen, wo größere Lücken in der landeseinheitlichen Versorgung entstanden sind; d. h., wo echte Benachteiligungen der Bevölkerung gegenüber anderen Regionen bestehen. (D)

Insgesamt müssen wir die Hilfe zur Selbsthilfe stärker fördern. Das ist sicherlich nicht billiger als die derzeitige dirigistische Geldumverteilungsmethode. Aber es ist vermutlich effizienter. Viele ministerielle Umwege über dort sitzende "Oberbedenkenräte" werden vermieden. Es motiviert die Empfänger zu vermehrter Eigenleistung und stärkerer Eigeninitiative.

Ihnen, Herr Minister Heinemann, ist ja nun genauso klar wie uns allen hier im Saal, daß unser Gesundheitswesen, unsere sozialen Dienste, die Mitbestimmung in den Betrieben, die Betreuung und Integration von Aussiedlern ohne Eigeninitiativen und ohne freiwillige Leistung vieler Menschen in unserem Lande sofort zusammenbrechen würden. Sie sollten diese Initiativen fördern und ihnen möglichst viel Auslauf geben, anstatt sie über die finanzielle Kandare am kurzen Zügel zu halten und die Bereitschaft zum sozialen Engagement zu ersticken, bei dem man ja oft noch in anderen Berufen selbstverdientes Geld mitbringen muß. Wir bedauern deshalb um so mehr, daß die SPD unseren

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Antrag, den Förderansatz für die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zu erhöhen, abgelehnt hat. Wir haben darauf verzichtet, diesen Antrag nochmals zu stellen, und werden deshalb dem Antrag der CDU zustimmen.

Zu den übrigen Anträgen der CDU will ich nur kurz folgendes sagen: Die Anträge Drucksachen 10/3887 und 10/3888 werden wir ablehnen. Sie stehen unseres Erachtens in Widerspruch zu dem eben in Bonn beschlossenen Gesundheitsreformgesetz.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

Mit diesem Gesetz sollen genau diese Probleme gelöst werden. Herr Kollege Arentz, Sie treten Ihrem Landesvorsitzenden Blüm vors Knie. Das werden wir nicht mitmachen.

(Henning (SPD): Besser in die Hacken treten! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden ihn sozusagen vor Ihnen in Schutz nehmen. Die Anträge erwecken wirklich den Eindruck, als ob Sie den Bonner Versprechungen nicht trauen. Wir als F.D.P. standen und stehen den Bonner Versprechungen in diesem Bereich nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. Aber wir sind der Meinung, daß wir zunächst abwarten müssen, wie sich das alles entwickelt. Dann können wir in Bonn und auf Landesebene darüber sprechen, ob hier Korrekturen notwendig sind.

(B)

Den Antrag Drucksache 10/3881 lehnen wir ab, weil wir ihn schlicht und ergreifend für überflüssig halten.

Dem Antrag Drucksache 10/3882, den auch wir gestellt haben, werden wir zustimmen.

Bei den Anträgen Drucksachen 10/3883, 10/3884, 10/3885 und 10/3886 enthalten wir uns der Stimme, weil wir die Folgekosten zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen können, obwohl wir die Anliegen als solche natürlich jederzeit unterstützen könnten. Aber die Kostenfrage ist für uns auf Dauer ungeklärt. Deshalb enthalten wir uns der Stimme.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abg. Garbe das Wort.

Frau Garbe (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mir, wie Frau Hieronymi, vorgenommen, mich sehr kurz zu fassen. Das fällt nach den

beiden Wortbeiträgen jetzt natürlich außerordentlich schwer. Ich werde mich dennoch bemühen. (C)

Frau Thomann-Stahl, wenn Sie mit den Arbeitern und Angestellten im Lande, die - wie man so schön sagt - freigesetzt werden, so pfleglich umgehen, wie Sie jetzt für die Ärzte kämpfen, daß sie auch nach Überschreitung einer Altergrenze weiterhin als Kassenärzte tätig sein dürfen, dann würde ich das als sehr positiv zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, Sie sollten auch einmal darüber nachdenken, ob es nicht ein gravierender Unterschied ist, ob jemand zu einer katholischen oder evangelischen oder zu einer anderen Familien- und Eheberatungsstelle geht oder ob jemand aus dem Beamtenbereich zu einer Gewerkschaftsberatungsstelle geht. Ich denke, die Unternehmer stehen uns und den Gewerkschaften auch nicht so besonders nahe, daß sie diese Beratungsstelle so besonders lieben. Und dennoch nehmen sie sie in Anspruch. Ich glaube, daß ist auch ein deutliches Zeichen dafür, daß da neutral gearbeitet wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Hieronymi und auch Herr Arentz haben sich heute morgen auf das 100 Millionen-Programm gestürzt, wie nicht anders zu erwarten war. Sie werfen uns, wie wir das aus den vergangenen Jahren gewohnt sind, natürlich vor, daß wir sozialpolitische Versäumnisse begingen, falsche Schwerpunkt setzten und Sozialabbau betrieben. Sie sind damit völlig neben der Sache. (D)

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU) - weitere Zurufe von der CDU)

Das gilt vor allem, Herr Arentz, - Hören Sie doch auf, dazwischen zu schreien. Damit täten Sie allen Kolleginnen und Kollegen einen Gefallen. Dann sind wir nämlich schneller fertig. Sonst muß ich Ihnen ständig antworten, und das verlängert das Ganze.

(Schauerte (CDU): Er ruft, er schreit nicht!)

- Den Unterschied zu definieren, überlasse ich Ihnen, Herr Schauerte. Sie sind sicher dazu prädestiniert, das zu unterscheiden. Sie sind ja in diesen Dingen besonders gut.

Herr Arentz und Frau Hieronymi, das gilt vor allem für Ihre Idee, daß die 100 Millionen DM,

(Frau Garbe (SPD))

- (A) die wir nun doch nicht für die Ausbildung des Krankenpflegepersonals aufzubringen haben, Luft für neue Programme im Etat 1989 geschaffen haben.

(Frau Hieronymi (CDU): Ja!)

Die 100 Millionen DM hat aber keineswegs der Finanzminister zur Haushaltskonsolidierung geschluckt, wie Sie das behaupten, obwohl Sie das ja eigentlich fordern müßten, wenn Sie ständig von Konsolidierung des Haushalts reden, und sie gehen auch nicht zu Lasten der sozial vernünftigen Dinge, die wir politisch umsetzen wollen. Gegenüber 1988 ist nämlich eine Steigerung im Haushalt um fast eine halbe Milliarde DM eingetreten. Obwohl der Gesamthaushalt um 3,2 % steigt, wächst der Einzelplan des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales um 11,5 %, und da reden Sie von Sozialabbau in unserem Haushalt.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie da nicht ebenso wie wir eine eindeutige Schwerpunktsetzung bei den sozialen Aufgaben erkennen, dann sind Sie mit Blindheit geschlagen - Herr Arentz, Sie haben das heute morgen ja so ausgeführt -, dann muß man Ihnen widersprechen. Das Kap. 07 040 - Altenhilfe und soziale Hilfen - schließt, im Gegensatz zu Ihren Behauptungen, mit einem Plus von circa 18 Millionen DM ab.

- (B) (Frau Abg. Hieronymi (CDU): Das reicht nicht.)

- Ja, wenn das reichen soll, Frau Hieronymi, dann sollten Sie vielleicht einmal an anderer Stelle sich Gedanken machen und sich dafür einsetzen, das notwendige Geld auch für Nordrhein-Westfalen zu besorgen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beklagt - und da waren Sie sich auch beide einig, deswegen muß ich Sie gar nicht immer beide namentlich nennen -, daß es Defizite im Bereich der Altenpflege gibt. Sie haben sicher recht, daß wir mehr Altenpflegerinnen und Altenpfleger brauchen und daß die Attraktivität des Berufes gesteigert werden kann und auch gesteigert werden muß. Da widersprechen wir Ihnen überhaupt nicht. Wie die Attraktivität des Berufes Altenpfleger und Altenpflegerin zu steigern ist, kann man aber nicht so nebenbei in Haushaltsberatungen entscheiden. Ich denke, da müssen wir im Ausschuß vernünftig diskutieren und können das nicht so nebenbei abhandeln, weil Sie meinen, Sie hätten

- (C) irgendwo 100 Millionen DM entdeckt, die Sie schnell noch einmal ausgeben könnten,

(Zustimmung bei der SPD)

um zu verhindern, daß sie anderweitig verwendet werden. Das tun wir, aber sinnvoll.

Ich halte es auch für vernünftig, daß eine Ausbildungsvergütung bei der Altenpflegeausbildung gezahlt wird. Aber dies ist doch keineswegs eine Landesaufgabe, sondern eine solche Vergütung muß, wie auch im Bereich der Krankenpflegeausbildung, von den Trägern finanziert werden.

(Beifall bei der SPD)

- Ich versuche, in meinem Beitrag das eine oder andere wegzulassen, damit es wirklich ein bißchen kürzer wird, als es ursprünglich vorgesehen war.

Sie haben dann etwas zu den Sozialstationen gesagt. Sie haben auch einen Erhöhungsantrag gestellt, und wir haben ihn abgelehnt, weil wir den Zeitpunkt, diesen Antrag zu stellen, für verfrüht halten.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

- Ich sage es Ihnen. Warten Sie doch mal ab. Ich habe ja auch nicht bei Ihrem ersten Satz gewußt, was Sie zum Schluß wollten. Wir müssen im Rahmen der Diskussion über eine altenpolitische Gesamtkonzeption darüber sprechen, ob hier eine Erhöhung überhaupt notwendig ist. Sie wissen, daß der SPD-Fraktion der Auftrag der Sozialstationen immer am Herzen gelegen hat und daß wir uns auch immer dafür eingesetzt haben, daß wir flächendeckende Versorgung hier erreicht haben.

(D)

Wir haben mit unserer Anreizfinanzierung von mittlerweile immerhin 29 Millionen DM im Jahr einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß der Vorrang ambulanter Hilfen auch verwirklicht werden kann. Was Sie übersehen ist allerdings, daß die von Sozialstationen bisher erbrachten Leistungen richtigerweise, wie wir finden, immer stärker von den Krankenkassen übernommen werden müssen. Die Starthilfe des Landes hat viele Träger in die Lage versetzt, die Verhandlungsdurststrecken bei den Krankenkassen mit durchzustehen. Die bisherige Förderung hat sich aber inzwischen weitgehend überlebt, weil diese Verhandlungen von den meisten Trägern erfolgreich zu Ende gebracht worden sind.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

(Frau Garbe (SPD))

- (A) Was wir heute überlegen müssen, Herr Arentz, ist, die vorhandenen Mittel für zu kurz gekommene Dienstleistungen in den Sozialstationen zu nutzen. Die Förderung muß auf neue Schwerpunkte umgestellt werden. Man muß einmal sehen, wieviel Geld dann wirklich vonnöten ist. Dann können wir erneut über Anträge diskutieren und notwendigerweise, wenn sich das dann so ergeben sollte, auch über erhöhte Mittelausätze.

(Beifall bei der SPD)

Ob ein Millionenprogramm für die Umwandlung von veralteten Krankenhäusern in Pflegeeinrichtungen zweckmäßig ist, möchte ich ernsthaft bezweifeln. Ich halte diese Gebäude in der Regel nicht unbedingt für geeignet, daß Leute da langfristig leben sollen.

Nun zu Ihrer Forderung, die Sie auch in einem Antrag erhoben haben, das Land solle die Rentenbeitragszahlung für die Pflegenden von Schwerpflegebedürftigen übernehmen.

- (B) Ich bin der Auffassung, daß diese gesellschaftlich nicht hoch genug einzuschätzende Leistung ebenso rentenbegründend sein sollte wie die Kindererziehungszeiten. Im Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zur Rentenreform ist dieser Punkt auch enthalten. Wir bitten Sie also, wir fordern Sie auf: Unterstützen Sie auf Bundesebene, daß Rentenversicherung für Pflegepersonen Bestandteil des Rentenreformgesetzes wird. Aber führen Sie bitte keine Scheingefechte hier durch; dann verhindern Sie auf Bundesebene, daß es doch eine vernünftige Finanzierung gibt. Wir werden die von Ihnen hier vorgesehenen 20 Millionen DM dringend für andere sozialpolitische Aufgaben benötigen, und es ist wirklich nicht sinnvoll, diese unbestreitbar notwendige politische Regelung dem Bund oder der Bundesversicherungsanstalt abzunehmen.

Wie bescheiden die Möglichkeiten der Landespolitik angesichts von bundespolitischen Fehlentscheidungen sind, zeigt ein Blick auf einen der Schwerpunkte des Einzelplans 07, nämlich die Arbeitsmarktpolitik, für die eine Viertelmilliarde veranschlagt ist. 94 Millionen DM davon entfallen auf die ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Gleichzeitig will der Bund bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 160 Millionen DM einsparen. Davon dürften die Träger in Nordrhein-Westfalen mit rund 60 Millionen DM betroffen sein. Gerade die Wohlfahrtsverbände, die unter Aufbietung aller ihrer Finanzreserven viele dieser Projekte betreiben, haben glaubhaft versichert, daß

- (C) sie diese Förderungseinschränkungen nicht verkraften können.

(Zustimmung bei der SPD)

Da hinein paßt dann wunderbar Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, für eine Informations- und Werbekampagne für ehrenamtliches soziales Engagement 2 Millionen DM auszugeben. Sagen Sie einmal: Was ist das überhaupt für eine Politik, die Sie dort betreiben? Sie kürzen an der einen Stelle die Mittel für die Organisationen, die Arbeit beschaffen und die also die betroffenen Menschen beschäftigen; andererseits betreiben Sie eine Werbekampagne, damit dann die wieder arbeitslosen Männer und Frauen, überwiegend Frauen, anschließend als ehrenamtliche Kräfte von Ihnen neu angeworben, einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein.

(Zustimmung bei der SPD - Henning (SPD): Das ist doch Blümscher Flankenschutz.)

Im vergangenen Jahr haben wir zum Beispiel einen neuen Ansatz zur Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik in den Haushalt eingesetzt. Wir haben diesen Ansatz für 1989 auf 3,6 Millionen DM erhöht und die Verpflichtungsermächtigung mehr als vervierfacht. Diesen Antrag hat sowohl die CDU wie auch die F.D.P. abgelehnt. Gleichzeitig stellt aber die CDU einen Antrag und fordert 2,8 Millionen DM zur Förderung von Modellprojekten sozialer ehrenamtlicher Arbeit. Ich bitte Sie: Modellprojekte für bezahlte Arbeit lehnen Sie ab; aber solche für ehrenamtliche Arbeit wollen Sie fördern und damit den Frauen offensichtlich Alternativen anbieten. Dann aber schimpfen Sie darüber, daß Frauen nicht bereit sind, das zu tun. Anschließend sind es wiederum diese Frauen, die dann erneut ohne eine vernünftige soziale Absicherung im Alter dastehen und nicht wissen, wie sie ihren dann möglicherweise notwendigen Pflegeplatz finanzieren sollen.

(D) Die SPD wird im Haushalt des Arbeits- und Sozialministers einen weiteren frauenpolitischen Schwerpunkt setzen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb beantragen wir, in dieses gerade von mir erwähnte Kapitel einen Ansatz von 1 Million DM aufzunehmen und eine Verpflichtungsermächtigung von 3 Millionen DM für Modellmaßnahmen zur Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, insbesondere nach einer Familienphase, vorzusehen. Wir meinen, daß es zwingend erforderlich ist,

(Frau Garbe (SPD))

- (A) Frauen während ihrer Familienphase die Verbindung zum Berufsleben zu erhalten, um nach zum Teil vieljähriger Unterbrechung der Berufstätigkeit die Wiedereingliederung zu ermöglichen und zu erleichtern.

Das ist zwar in erster Linie – das wissen Sie auch – eine Aufgabe des Bundes, der nach dem Grundgesetz für die Arbeitsmarktpolitik zuständig ist. Frau Süßmuth, die ehemals zuständige Ministerin, hat erste Schritte in der richtigen Richtung getan. Aber ich fürchte, daß bei der 9. Novelle des AFG alles das wieder zunichte gemacht wird, was Frau Süßmuth versucht hat, dort in Gang zu setzen. Dadurch, daß sie das Ministeramt jetzt nicht mehr innehat, ist sie auch der Peinlichkeit enthoben, anschließend uns Frauen das klarmachen zu müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Mit diesem neuen Ansatz ergeht an die Landesregierung der Auftrag, kurzfristig ein solches Wiedereingliederungsprogramm zu konzipieren und mit den Ausschüssen des Landtags zu diskutieren. Ich denke, daß der Landtag unserem Antrag in erster Linie aus frauenpolitischen Gründen, aber auch wegen der Chance der Gewinnung zusätzlicher qualifizierter Arbeitsplätze zustimmen sollte.

Weil Sie Situation der Pflegebedürftigen und der Pflegenden beklagt haben, will ich jetzt noch ein Wort dazu sagen: Das, was Herr Blüm sich jetzt den Pflegenden und auch den zu Pflegenden bei der häuslichen Pflege zuzumuten leistet, ist ein Hohn, und Sie sagen, das sei eine bahnbrechende soziale Tat, wenn –

(B)

(Arentz (CDU): Ihre Diffamierung ändert überhaupt nichts!)

– Also, Herr Arentz, ich könnte jetzt beleidigt sein, wenn Sie mich schwachsinnig nennen. Aber das nehme ich Ihnen nicht übel.

(Arentz (CDU): Was Sie da reden, ist Unsinn!)

Wen man nicht ernst nimmt, der kann einen auch nicht beleidigen. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte nur noch eines sagen: Wenn Sie den – überwiegend – Frauen, die Angehörige zu Hause pflegen, 400 DM im Monat geben – das sind bei der Pflegeleistung, die sie vollbringen, umgerechnet 1,80 DM pro Stunde –, und wenn Sie denen, die von Fremden

gepflegt werden, 700 DM zur Verfügung stellen, ihnen aber am Samstag und Sonntag keinen Anspruch auf Pflege gewähren, dann erzählen Sie mir einmal, wo das im Gegensatz zu dem, was wir wollen, sozial sein soll. (C)

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete.

Wir kommen zu der Gruppe unter dem Stichwort

Jugend und Familie

Die familienpolitischen Sprecher aller drei Fraktionen wollen ein sichtbares Zeichen setzen:

(Dautzenberg (CDU): Für Familienpolitik!)

Damit Sie alle zu Ihren Familien kommen, verzichten sie auf einen Redebeitrag.

(Allgemeiner Beifall)

Dieser Auffassung hat sich der zuständige Ressortminister angeschlossen, so daß wir jetzt über den Einzelplan 07 abstimmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Ich bitte Sie, die Liste zur Hand zu nehmen, soweit sie noch vorhanden ist.

(D)

Ich rufe den Antrag der CDU Drucksache 10/3881 – Ehrenamtliche soziale Arbeit auf. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Danke schön. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/3882 auf, Stichwort: Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/3883 auf, Stichwort: Erholungsmaßnahmen für alte Menschen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit abgelehnt.